

USA warnen vor Ultimatum

Berlin-Frage rückt in den Vordergrund — Harte Fronten in Genf

Genf (ap/dpa/upi). Die Berlin-Frage hat sich in den Gesprächen außerhalb des Genfer Konferenzsaales in den Vordergrund geschoben. Der amerikanische Außenminister Herter warnte seinen sowjetischen Kollegen Gromyko mit allem Nachdruck vor neuen ultimativen Forderungen in der Berlin-Frage. Er teilte ihm mit, daß die USA eine sowjetische Drohung, vor einer Gipfelkonferenz den Status von Berlin zu ändern, ebenso als unzulässigen Druck empfinden würden wie die Ankündigung eines Separat-Friedensvertrages mit der Sowjetzone. In diesem Falle würde Präsident Eisenhower die Teilnahme an einer Gipfelkonferenz ablehnen.

Nach Auskunft von westlichen Diplomaten trägt man sich in den westlichen Delegationen mit dem Gedanken einer Übergangslösung für Berlin, die solange den Status quo in Berlin erhalten soll, bis eine endgültige Lösung gefunden ist. Dabei wurde betont, in keinem Falle könne von einem Aufschneiden des westlichen Vorschlags-„Paketes“ die Rede sein. Es handele sich vielmehr lediglich darum, für einen Notstand zunächst eine Notlösung zu finden.

Die bisher schärfste Stellungnahme des Westens gab der französische Außenminister Couve de Murville ab. Er bestand mit Nachdruck auf der Reihenfolge Wiedervereinigung und anschließender Friedensvertrag und lehnte es entschieden ab, den „Paket“-Plan des Westens in seine Einzelteile zu zerlegen. Er erinnerte den sowjetischen Außenminister daran, daß auch die Sowjetunion eine Annahme ihrer Vorschläge — Friedensvertrag und Erklärung Westberlins zur Freien Stadt — im ganzen gefordert habe und fügte ironisch hinzu: „Wenn man mit der Sowjetunion diskutiert, wird man dort gestraft, wo man nachgegeben hat.“

„Brutale Offenheit“

Zu dem sowjetischen Interesse an einigen Punkten des

westlichen Friedensplanes sagte Couve de Murville: „Wenn man aus einem derartigen Vorschlag bestimmte Teile, mit denen man zufrieden ist, herausnimmt und das übrige kategorisch ablehnt, wendet man vielleicht eine Methode des Kuhhandels an. Aber das ist keine Methode, der wir uns anschließen können.“

Couve de Murville kam im Zusammenhang mit dem sowjetischen Entwurf auch auf die

Frage der künftigen Grenzen Deutschlands zu sprechen. Er wies darauf hin, daß es im Westen, aber auch gegenüber der Tschechoslowakei, keine offenen Grenzfragen mehr gebe. Nicht gelöst sei nur die Frage der deutschen Ostgrenze. Hier sei der Westen der Ansicht, daß Entscheidungen endgültigen Charakters nur nach der Wiedervereinigung getroffen werden könnten. Der Außenminister schloß: „Die brutale Offenheit, mit der Herr Gromyko den Plan der drei Mächte behandelt hat, hat mich veranlaßt, meine eigenen Gedanken über den sowjetischen Entwurf sehr klar darzulegen. Ich glaube, es wäre im Augenblick besser, aus diesen beiden Darlegungen noch keine Schlußfolgerungen zu ziehen.“

Bonn soll aktiver werden

Amrehn: Aufklärungsarbeit in Nahost dringend notwendig

Berlin (Eigenbericht). Bürgermeister Amrehn wird dem Auswärtigen Amt in Bonn auf Grund seiner Eindrücke im Nahen Osten vorschlagen, die politische Aufklärungsarbeit besonders in der arabischen Welt zu verstärken. Dies sei um so notwendiger, sagte Amrehn vor der Berliner Pressekonferenz, da die Sowjetzone in diesen Ländern einen großen Propagandastab unterhalte, der ein kommunistisches Bild von Deutschland vermittele.

Nach Ansicht Amrehns besteht in allen arabischen Ländern ein „echtes Gefühl der Freundschaft gegenüber Deutschland“. Für Berlin und das deutsche Anliegen — Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung — habe man großes Verständnis. So sei ihm

vom jordanischen Außenminister versichert worden, Jordanien werde Westberlin voll unterstützen, falls das Berlin-Problem vor die UNO komme. In seinem Gespräch mit Nasser habe er feststellen können, daß der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik über die gegenwärtige Situation Deutschlands ausgezeichnet informiert sei. Nasser habe nicht nur Verständnis für den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung gezeigt, sondern die deutsche Spaltung ausdrücklich als „widernatürlich“ bezeichnet.

Unterschiedliche Meinungen sind dagegen nach dem Bericht Amrehns bei verschiedenen arabischen Politikern über die Frage vorhanden, wie Deutschland wieder zu vereinen sei.

Neue Wege

J. B. G. Die Pfingsttage gaben der Außenministerkonferenz eine kurze Pause und damit den Delegationen eine sicher willkommene Gelegenheit, die gegnerischen und die eigenen Verhandlungslinien zu prüfen. Die sowjetische Ausgangsposition hat sich in der Sache nicht geändert, Gromyko hat nur den sowjetischen Friedensvertragsentwurf vom Januar auf den Konferenztisch gelegt. Um so mehr werden sich die sowjetischen Politiker in Moskau und Genf intern mit der neuen Ausgangsposition des Westens, mit seinem Friedensplan befassen.

Die Einzelheiten des westlichen Planes sind unvermeidlich kompliziert und Anlaß zu vielen Fragen und Überlegungen. Das wird sich insbesondere dann zeigen, wenn der Plan Gegenstand ernster Verhandlungen zwischen den vier Mächten werden sollte. Bei der Beurteilung des Planes kommt es zunächst nicht so sehr auf die Einzelheiten und ihre Verflechtung an, sondern auf die Grundzüge. Die entscheidende Frage ist, ob der Plan die Möglichkeiten in sich hat, die Gegensätze der beiden Seiten zu überbrücken und neben den Interessen der Urheber des Planes auch jene sowjetischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die bei vernünftiger Betrachtung Respekt verlangen können.

*

Prüft man den Plan von diesem Standpunkt aus, dann kann man feststellen, daß der Westen seine frühere Haltung in mannigfacher Weise geändert hat. Die Änderungen konnten nach den Diskussionen der letzten Monate bereits erwartet werden. Aber während sie bisher eben nur Erwartungen waren, sind sie jetzt durch die Vorlage des Planes ein Bestandteil der offiziellen Politik geworden. Unberührt von den Änderungen sind — wenn man das selbstverständliche Beharren auf Berlin beiseite läßt — eigentlich nur zwei Grundthesen der westlichen Politik. Einmal, daß eine dauerhafte Regelung der deutschen und europäischen Fragen nur auf der Basis deutscher

Einheit, nicht auf der Grundlage „zweier deutscher Staaten“ gefunden werden kann. Zum anderen, daß dem ganzen deutschen Volk das Recht der Selbstbestimmung zurückgegeben werden muß.

Sollte der Osten in den kommenden Verhandlungen den direkten oder indirekten Verzicht auch nur auf eine dieser beiden Positionen verlangen, dann wird kein Weg zur Entspannung zu finden sein. Wird der Osten hingegen wenigstens in diesen beiden Grundforderungen auf Selbstbestimmung und Einheit seinen Widerstand aufgeben, dann bietet der westliche Plan durch die Änderungen der westlichen Haltung eine ganze Anzahl konstruktiver Elemente für eine dauerhafte Regelung in Europa, die — wie es Herter ausdrückte — keiner Seite untragbare Zugeständnisse zumutet. Solche Elemente sind:

1. Die Aufgliederung des Wiedervereinigungsvorganges in einen Entwicklungsprozeß. Die legitime Forderung, an den Anfang freie Wahlen zu setzen, ist ersetzt durch einen abgestuften Verlauf, in dem erst in einem späteren Stadium die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung und gesamtdeutschen Regierung vorgesehen sind. Der Sowjetunion wird nicht das Risiko einer plötzlichen, unregulierten, quasi revolutionären Veränderung in ihrem mitteldeutschen Besatzungsbereich zugemutet.

2. Die Betrachtung der sogenannten „Errungenschaften“ als besonderes Problem. Wie in dem Punkt der freien Wahlen hat sich der Westen auch hinsichtlich der ganz anderen Entwicklung der Sozialstruktur zu einer realistischen Haltung entschlossen. Natürlich wird auch hier das Recht des deutschen Volkes festgehalten, selber über die endgültige Sozial- und Wirtschaftsordnung Gesamtdeutschlands zu bestimmen. Aber der amerikanische Außenminister hat ausdrücklich die westliche Bereitschaft betont, das Anpassungsproblem zu diskutieren, mit der Feststellung: die drei Mächte erkennen freimütig an, daß die Verschiedenheit der sozialen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands ein wichtiges Problem darstellt.

3. Die Beauftragung beider

Teile Deutschlands, so wie sie jetzt sind, mit der Vorbereitung der Wiedervereinigung. Will man die deutsche Einheit nicht einem absoluten Vetorecht Ulbrichts ausliefern, dann kann die Viermächteverantwortung nicht aufgegeben werden. Mit der vorgeschlagenen „gesamtdeutschen Kommission“, die überdies durch Benennung, nicht durch Wahlen gebildet werden und in der die Zonenvertretung durch ein qualifiziertes Stimmverhältnis geschützt sein soll, wird aber der sowjetischen Ausweichthese, „die Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen“, Rechnung getragen.

4. Die betonte Anerkennung der Tatsache, daß die Wiedervereinigung neue militärische Ordnungen unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit notwendig macht. In der Rede des amerikanischen Außenministers ist das Problem der europäischen Sicherheit unmittelbar in Verbindung mit der Feststellung angesprochen, daß „der Wiederaufbau eines vereinigten deutschen Staates mit 70 Millionen Einwohnern im Herzen Europas ohne Frage ein äußerst wichtiger neuer Faktor mit weitreichenden Folgen sein wird“. Der Friedensplan sieht entsprechend ein ganzes System von Abrüstungs- und Kontrollmaßnahmen, Nichtangriffserklärungen und Garantien vor. Der Delegationsführer der Bundesregierung hat die Bereitschaft zur Lösung der Abrüstungs- und Sicherheitsaufgaben besonders unterstrichen.

*

Nimmt man diese Elemente der westlichen Ausgangslinie in ihrer Gesamtheit, so ist die uneingeschränkte Behauptung berechtigt, daß der westliche Plan konstruktiv ist. Er bietet eine Basis für die Verständigung über die deutsche Frage, sofern die Sowjetunion überhaupt die Wiedervereinigung will. Der Plan enthält Anschlußstücke für politische Wege. Ob sie gebaut und begangen werden können, hängt vom Osten ab. Seine wirkliche Reaktion wird nicht in den Erklärungen der ersten Stunde zu suchen sein, sondern im Verhalten während des weiteren Verlaufs der Außenministerkonferenz und späterer Verhandlungen.

Kegel vor leeren Stühlen

Wirkungsvolle Abwehr sowjetzonaler Propaganda — Genfer Erfolg für den Westen

Genf (Eigenbericht). Nur dreierlei hält die Hoffnung aufrecht: daß jetzt die Phase konkreter Verhandlung beginnen kann. Die Überzeugung, daß auch Chruschtschow eine Gipfelkonferenz will, daß Gromyko eine Prüfung des westlichen Paketes zusagte und die Andeutung, daß man auf beiden Seiten Ausweichvorschläge im Ärmel stecken hat.

Die Tatsache, daß die Russen einen ersten Tiefschlag machten, indem sie die Gromyko-Rede vor Ende der Sitzung veröffentlichten, ist ein weiterer Beweis, daß die Sowjetunion weiterhin auf dem Klavier der öffentlichen Meinung spielen will. In den ersten Tagen der ersten Genfer Woche hatten die Westmächte etwas allzu vornehm darauf verzichtet. Die östlichen Reden und Stellungnahmen waren den Vertretern von 1500 Blättern und Rundfunkstationen immer sofort verfügbar, die des Westens kamen oft erst mehrere Stunden hinterher — oft zu spät. Gestern aber war man schneller. Der Versuch Gromykos, die Wochenendausgabe der Welpresse mit seinen seitenlangen Schilderungen der „revanchelustigen“ Bundesrepublik zu bepfasten, schlug fehl, da sofort die Erklärung Selwyn Lloyds auf dem Tisch lag, daß der Westen seine eigene Meinung über die Schuldfrage an der internationalen Spannung habe, und niemand die Angriffe auf die Bundesrepublik hinnehme.

Auch die Delegation der Bundesrepublik ist endlich aus ihrer Reserve hervorgekommen und ließ eine Liste der Beschimpfungen der ostzonalen Presse gegen Bonn verlesen, ferner eine Erklärung über den Sinn der Begriffe wie „demokratisch, fortschrittlich, friedliebend“ für die kommunistische Dialektik. Hunderte von Korrespondenten erfuhren zum ersten Male, daß schönklingende Worte wie Konföderation nichts anderes bedeuten als den Versuch, auch aus Westdeutschland einen Satellitenstaat zu machen und das Übergewicht des Ostens endgültig zu stabilisieren. Eindruck macht auch die von westlicher Seite verbreitete Zusammenstellung von Konzessionen, die der Westen durch Zulassung eines gemischten ost-westdeutschen Ausschusses und durch

Verschiebung der Wiedervereinigung machen will.

Soweit Genf einen Querschnitt durch die öffentliche Meinung bieten kann, hat die erste Woche einen Punktsieg des Westens gebracht: die anfänglichen Illusionen der Zone, aus ihrer Anwesenheit neben dem Tisch eine Anerkennung konstruieren zu können, sind demontiert. Die Überzeugung, daß eine weitere Teilung eine wirkliche Gefahr für den Frieden bedeutet, hat sich durchgesetzt. Man hört auch in Privatgesprächen nicht mehr viel von dem

Argument, daß man doch den Zustand zweier deutscher Staaten hinnehmen solle. Die Kulissen der Genfer Konferenz sind zu einer Art Fortbildungskursus für die in mitteleuropäischen und deutschen Fragen nicht bewanderte Weltmeinung geworden.

Auch die Berliner Frage profitiert davon. Die dünne Wand, die allabendlich die Pressekonferenz von Eckardts und des ostzonalen Sprechers Kegel trennt, ist die Grenze zwischen zwei Welten. Zuerst gab es viele Neugierige im ostzonalen Saal, gestern mußte man das Personal der ostzonalen Vertretung, angeblich bis zu den Chauffeuren, herbeiholen, um ganze 32 Anwesende zusammenzubekommen. Der westdeutsche Saal ist nach wie vor zum Brechen voll.

Dibelius gesprächsbereit

Aber die von Pankow gestellten Bedingungen weist er zurück

Berlin (dpa). Seine Bereitschaft zu neuen Gesprächen mit der Sowjetzonen-Regierung bekundete in einem Rundfunkgespräch der evangelische Bischof von Berlin, D. Dr. Dibelius. „Ich bin zu jedem Gespräch bereit und knüpfte daran keine Bedingungen“, sagte der Bischof, der am 15. Mai dieses Jahres seinen 79. Geburtstag beging.

Mit Nachdruck wies Dibelius die von sowjetzonalen Seite erhobene Forderung zurück, er solle als Voraussetzung für Verhandlungen mit der Sowjetzonen-Regierung den Vertrag über die Militärseelsorge in der Bundeswehr annullieren. Er könne diesen von den legitimen Organen der Kirche beschlossenen Vertrag nicht aufheben und denke nicht daran, es zu tun. „Wenn dieser Vertrag nicht existierte, dann müßten wir schleunigst versuchen, solchen Vertrag zu schließen, denn wir können und wollen es nicht verantworten, daß Tausende von Mitgliedern unseres Volkes keine Möglichkeit haben, der Seelsorge und Verkündigung des Evangeliums teilhaftig zu werden.“ In diesem Zusammenhang sprach der Bischof erneut sein Bedauern darüber aus, daß die Sowjetzonen-Regierung seinerzeit den Abschluß eines entsprechenden Vertrages für die

Streitkräfte der DDR in schroffster Form abgelehnt habe.

Auf die Verhandlungen zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und der Sowjetzonen-Regierung im Sommer vergangenen Jahres eingehend, sagte Dibelius, es seien danach zwar geringfügige Besserungen eingetreten; aber im großen und ganzen könne er sagen: „Herausgekommen ist bei all diesen Besprechungen nicht soviel, wie unter den Fingernagel geht.“ Alle wirklichen Anliegen der Kirche seien bis heute unbereinigt.

Das zeitliche Zusammentreffen seines jüngsten Briefes an Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl mit der Genfer Konferenz habe, so betonte der Bischof, „weiß Gott nichts zu bedeuten“. Es heiße im übrigen, die Bedeutung dieses Schreibens überschätzen, wenn man meinte, daß damit das Ergebnis großer staatspolitischer Verhandlungen beeinflusst werden könnte.

Der westliche Friedensplan

Den von den Westmächten auf der Genfer Konferenz unterbreiteten „Friedensplan“ geben wir in dem nachfolgenden Text wieder. Der Plan trägt die Bezeichnung: „Grundzüge eines Stufenplanes für die deutsche Wiedervereinigung, die europäische Sicherheit und eine deutsche Friedensregelung.“

STUFE I

1. Die vier Mächte würden geeignete Vorkehrungen für Konsultationen unter den Parteien treffen, um die Durchführung des Abkommens zu überwachen und etwaige vor dem Abschluß einer Friedensregelung mit einem wiedervereinigten Deutschland auftretende Streitigkeiten beizulegen.

2. Hinsichtlich Berlins würden die vier Mächte folgendes vereinbaren:

a) Berlin ist eine einheitliche Stadt und gehört ganz Deutschland. Ost- und Westberlin sollten deshalb durch freie Wahlen vereinigt werden, die unter Viermächte- oder UNO-Überwachung abzuhalten wären. Ein frei gewählter Rat für ganz Berlin würde bis zur Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung und als ein erster Schritt auf diesem Weg gebildet werden. Auf diese Weise würde Berlin als künftige Hauptstadt einem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten werden.

b) Vorbehaltlich der obersten Weisungsbefugnis der vier Mächte (mit einem Abstimmungsverfahren, wie es von den alliierten Behörden in Wien angenommen wurde) würde der frei gewählte Berliner Rat die Stadt nach eigenem Ermessen verwalten können.

c) Die Freiheit und Unverletzlichkeit der wiedervereinigten Stadt Berlin und der Zugang dorthin würden von den vier Mächten garantiert, die auch weiterhin das Recht hätten, wie im gegenwärtigen Zeitpunkt Streitkräfte in Berlin zu stationieren.

d) Die vier Mächte würden die erforderlichen Schritte unternehmen, um während der ersten und zweiten Stufe des Stufenplanes die in Buchstabe a) bis c) beschriebenen Maßnahmen auszuführen.

3. In einer gemeinsamen Erklärung, welcher beizutreten

sie andere europäische Staaten einladen würden, würden die vier Mächte sich verpflichten,

a) jede internationale Streitigkeit mit einer anderen Partei, in die sie verwickelt werden, durch friedliche Mittel beizulegen;

b) sich jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist;

c) einem Angreifer militärische und wirtschaftliche Unterstützung zu verweigern.

4. Um die Lösung der politischen Probleme und die Verbesserung der internationalen Beziehungen weiter zu erleichtern, würden die vier Mächte vor einem geeigneten Forum Beratungen über mögliche, in Stufen gegliederte und kontrollierte, umfassende Abrüstungsmaßnahmen einleiten.

5. Sie würden für Beratungen Sorge tragen, um Verfahren für einen Informationsaustausch auf Stufe II über militärische Kräfte in vereinbarten Gebieten Europas auszuarbeiten.

STUFE II

6. Im Hinblick auf die vielschichtigen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ergeben, würde eine Übergangszeit vereinbart werden. Die vier Mächte würden einen gemischten deutschen Ausschuß einsetzen.

7. Der gemischte Ausschuß würde aus 25 Mitgliedern aus der Bundesrepublik Deutschland und 10 Mitgliedern aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik bestehen. Diese Mitglieder würden einerseits von der Bundesregierung und andererseits von den Behörden der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik bestellt werden.

8. Der gemischte Ausschuß würde seine Beschlüsse mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen fassen.

9. Der gemischte Ausschuß

würde beauftragt werden, Vorschläge zu formulieren

a) um die technischen Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu koordinieren und zu erweitern;

b) um die Freizügigkeit von Personen, Ideen und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen;

c) um die Menschenrechte in beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen und zu gewährleisten;

d) für einen Gesetzentwurf, der allgemeine, freie und geheime Wahlen unter unabhängiger Kontrolle vorsieht.

10. Der gemischte Ausschuß würde alle gemäß Absatz 9 Buchstaben a) bis c) einschließlich von ihm gemachten Vorschläge den zuständigen Behörden in beiden Teilen Deutschlands übermitteln. Wird gegen derartige Vorschläge keine Einwendung erhoben, so sollten sie in beiden Teilen Deutschlands in geeigneter Form durchgeführt werden.

11. a) Jeder gemäß Absatz 9 (d) vereinbarte Vorschlag für ein Wahlgesetz würde in beiden Teilen Deutschlands zum Volksentscheid gestellt werden.

b) Hat der Ausschuß binnen einem Jahr keinen solchen Gesetzentwurf formuliert, so formulieren die Mitgliedergruppe aus der Bundesrepublik einerseits und die Mitgliedergruppe aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik andererseits mit der Mehrheit ihrer Mitglieder je einen Gesetzentwurf. Diese beiden Gesetzentwürfe werden sodann als Alternativen zum Volksentscheid gestellt. Für jeden Gesetzentwurf umfaßt das Abstimmungsgebiet beide Teile Deutschlands.

c) Entfällt auf einen Vorschlag für ein Wahlgesetz die Mehrheit der gültigen Stimmen in jedem der beiden Teile Deutschlands, so erhält er Gesetzeskraft und gilt unmittelbar im gesamten Abstimmungsgebiet.

d) Die vier Mächte würden im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Vereinbarung die zuständigen deutschen Behörden ausdrücklich ermächtigen, ein so

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

angenommenes Wahlgesetz zu verkünden.

e) Die vier Mächte würden ein Statut zur Kontrolle des Volksentscheides beschließen.

Begrenzung der Rüstungen

13. Es würde ein Informationsaustausch über militärische Streitkräfte in den im vorstehenden Absatz 5 genannten Gebieten stattfinden.

14. Die vier Mächte würden ihre Streitkräfte auf vereinbarte Höchstzahlen begrenzen oder herabsetzen: z. B. Vereinigte Staaten: 2 500 000, Sowjetunion: 2 500 000. Während desselben Zeitabschnitts würden diese Staaten festgesetzte Mengen bestimmter Waffenarten, die zu vereinbaren und in Anlagen zu dieser Vereinbarung aufzunehmen wären, unter der Überwachung einer internationalen Kontrollorganisation innerhalb ihres Hoheitsgebietes in Magazinen einlagern.

15. Die vier Mächte würden bereit sein, über eine weitere Begrenzung ihrer Streitkräfte und Rüstungen mit Wirkung für Stufe III zu verhandeln, und zwar vorbehaltlich

a) der Nachprüfung, daß die Bestimmungen des Absatzes 13 eingehalten worden sind;

b) der Zustimmung anderer wesentlicher Staaten zur Annahme von Begrenzungen ihrer Streitkräfte und Rüstungen, die im Verhältnis zur Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen der vier Mächte festzusetzen wären;

c) der Errichtung eines Inspektions- und Kontrollsystems zur Nachprüfung der Einhaltung aller vereinbarten Sicherheitsmaßnahmen.

16. Es könnten Inspektions- und Beobachtungsmaßnahmen gegen Überraschungsangriffe unter Zuhilfenahme technischer Vorrichtungen, wie sich überschneidender Radarsysteme, in von den vier Mächten und sonstigen beteiligten Staaten gegebenenfalls zu vereinbarenden geographischen Gebieten in allen Teilen der Welt getroffen werden.

17. Da die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1954 auf die Herstellung von chemischen,

12. Haben binnen 30 Monaten nach Unterzeichnung der Vereinbarung gesamtdeutsche Wahlen nicht stattgefunden, so würden die vier Mächte bestimmen, was mit dem Ausschuß gesehen soll,

biologischen und Kernwaffen verzichtete, würden die vier Mächte geeignete Vereinbarungen treffen, um sicherzustellen, daß ähnliche Verzichtmaßnahmen auch im Restteil Deutschlands und in anderen östlichen Ländern Europas erfolgen.

18. Es würden Inspektionsysteme ausgearbeitet werden, um die Einhaltung der für Stufe III vorgesehenen einschlägigen Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten.

STUFE III

19. Spätestens zweieinhalb Jahre nach Unterzeichnung der Vereinbarung würden Wahlen für eine gesamtdeutsche Versammlung in beiden Teilen Deutschlands nach Maßgabe des Wahlgesetzes abgehalten werden, das vom gemischten Ausschuß entworfen, von den vier Mächten genehmigt und vom deutschen Volk durch einen Volksentscheid (im Einklang mit den Bestimmungen für Stufe II) angenommen wird.

20. Die Wahlen würden von einer Überwachungskommission und Überwachungsgruppen in ganz Deutschland überwacht werden. Die Kommission und die Gruppen würden sich zusammensetzen aus entweder (a) Personal der Vereinten Nationen und Vertretern beider Teile Deutschlands oder (b) Vertretern der vier Mächte und Vertretern beider Teile Deutschlands.

21. Die gesamtdeutsche Versammlung würde mit der Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung beauftragt werden. Sie würde diejenigen Befugnisse ausüben, die zur Errichtung und Sicherung eines freiheitlichen, demokratischen und föderativen Systems erforderlich sind.

22. Sobald eine gesamtdeutsche Regierung auf der Grundlage der vorerwähnten Verfassung gebildet worden ist, würde sie die Regierungen der

Bundesrepublik und der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik ersetzen und hätte

a) volle Entscheidungsfreiheit bezüglich innerer und äußerer Angelegenheiten, vorbehaltlich der Rechte, welche die vier Mächte nach Maßgabe des Absatzes 23 behalten,

b) die Verantwortung so bald wie möglich nach ihrer Errichtung Verhandlungen über einen gesamtdeutschen Friedensvertrag aufzunehmen.

23. Bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einer auf Grund der gesamtdeutschen Verfassung gebildeten gesamtdeutschen Regierung würden die vier Mächte nur diejenigen ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten beibehalten, die sich auf Berlin und Westdeutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer Friedensregelung sowie auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland in der gegenwärtig geübten Form und auf den Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte beziehen.

24. Die Durchführung der folgenden Sicherheitsbestimmungen würde von der Errichtung wirksamer Kontroll- und Inspektionsysteme zwecks Sicherung der Nachprüfung sowie gegebenenfalls von der Zustimmung der gesamtdeutschen Regierung zu den auf Stufe III notwendigen Sicherheitsmaßnahmen abhängen.

25. Im Zeitpunkt der Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung würden sich die vier Mächte sowie die anderen unmittelbar beteiligten Staaten dahingehend einigen, daß in einer Zone, die zu beiden Seiten einer gemeinsam festzulegenden Linie Gebiete vergleichbarer Größe und Tiefe sowie Bedeutung umfaßt, vereinbarte Höchststärken für einheimische und nichteinheimische Streitkräfte in Kraft gesetzt würden.

26. Nach Abschluß des Friedensvertrages würde keine Partei Streitkräfte in einem in diesem Bereich gelegenen Staate ohne dessen Zustimmung stationieren: jede Partei, die in dieser Weise Streitkräfte stationiert hat, würde auf Ersuchen dieses Staates ihre Streitkräfte

Fortsetzung auf Seite 7

„Berlin muß frei bleiben“

Luftbrücken-Feier im Zeichen der Verbundenheit mit den Westalliierten

Berlin (Eigenbericht). Mit zahlreichen Demonstrationen der Freundschaft und Verbundenheit zu den drei westalliierten Mächten hat Berlin den zehnten Jahrestag der Beendigung der Blockade begangen. Überall, wo sich die vielen Ehrengäste im Verlauf der Luftbrücken-Gedenkfeiern zeigten, wurden sie von den Berlinern lebhaft begrüßt. Höhepunkte waren die Kranzniederlegung am Denkmal auf dem Platz der Luftbrücke und die Großkundgebung in der Deutschlandhalle, bei der sich die Tausende mit den alliierten Politikern, Diplomaten, Generalen und Stadtkommandanten im Bekenntnis zur Freiheit Berlins angesichts der sowjetischen Bedrohung vereinten.

Auf der Gedenkkundgebung in der Deutschlandhalle betonten der ehemalige amerikanische Militärgouverneur Clay, der frühere britische Premierminister Attlee und der ehemalige französische Ministerpräsident Schuman übereinstimmend, daß Westberlin auch in Zukunft frei bleiben müsse. Immer wieder von Beifall unterbrochen erklärte Lucius D. Clay, Berlin habe sich einen Ehrenplatz in der freien Welt verdient. Eines Tages werde es wieder den ihm gebührenden Platz innerhalb der westlichen Welt einnehmen. Einer der wichtigsten Grundsätze, die in den Ost-West-Verhandlungen gewahrt werden müssen, sei der Grundsatz, daß Berlin frei bleiben müsse. „Die Freiheit Berlins ist zum Symbol geworden für die Entschlossenheit der freien Welt“, betonte Clay unter begeisterter Zustimmung der etwa 12 000 Berliner. Der ehemalige Militärgouverneur verwies darauf, daß die Einheit und Zielbewußtheit, auf der die Luftbrücke beruht habe, die Schaffung der NATO ermöglichte. Diese militärische Macht sei heute das größte Abschreckungsmittel, das „der Mensch je gegen den Weltkrieg geschaffen hat“.

„Sieg der Freiheit“

Als ein denkwürdiges Ereignis in der Geschichte Berlins und Europas bezeichnete der frühere britische Premierminister Attlee die Berliner Blockade. Ihre Aufhebung sei ein Sieg ohne Blutvergießen, ein Sieg für die Freiheit gewesen. Wörtlich erklärte Attlee: „Wenn die freien Völker der Welt zusammenstehen wie sie vor zehn Jahren zusammengestanden haben, wird ihnen die Freiheit erhalten bleiben.“

Der ehemalige französische Ministerpräsident Schuman verwies in seiner Rede darauf, daß das Statut Berlins nach der Blockade erneuert worden sei. Es habe zehn Jahre gehalten. Heute scheine alles wieder einseitig und willkürlich in Frage gestellt zu werden. „Als Unterzeichner des Abkommens von 1949 im Namen Frankreichs bin ich stolz darauf“, erklärte er, „Berlin der vollen Verbundenheit meines Landes zu versichern und seines Willens, die Integrität Berlins, der Bastion der Freiheit in Europa, zu wahren.“ Der frühere französische Ministerpräsident unterstrich, in Berlin werde das Wesentliche „unserer westlichen Kultur“, und zwar für die ganze westliche Welt, gerettet werden.

Der Regierende Bürgermeister Brandt dankte den anwesenden Angehörigen der Opfer der Luftbrücke sowie den Fliegern. Er begrüßte dann die Ehrengäste, unter ihnen Vizekanzler Erhard und Bundestagsvizeprä-

sident Schmid und erwähnte besonders auch den Bürgermeister der Blockadezeit, Friedensburg. Berlin habe sich bemüht, fuhr Brandt fort, die Lehren der Vergangenheit nicht zu vergessen und das ihm entgegengebrachte Vertrauen nicht zu enttäuschen. Wörtlich sagte Brandt: „Von diesem Weg werden wir uns nicht abbringen, zu geistigem Neutralismus nicht verleiten und von unseren Freunden nicht trennen lassen.“ Berlin werde „auch in Zukunft nicht in die Knie gehen.“ Der Regierende Bürgermeister gab bekannt, daß bisher annähernd eine Million DM für die Stiftung Luftbrückendank gespendet worden sei.

Zu Beginn hatte Bundesratspräsident Kaisen in Vertretung des erkrankten Bundespräsidenten die Grüße von Theodor Heuss überbracht. Unter Hinweis auf die sowjetische Bedrohung erklärte Kaisen, die Schlüsselstellung Berlins als deutscher Hauptstadt sei bis heute vom Krell nicht richtig erkannt worden. „Wer Berlin angreift, muß erkennen, daß er Deutschland angreift.“ Alle demokratischen Mächte der Welt, die sich auf die großen Postulate der freiheitlichen Grundrechte beriefen, könnten Berlin nicht preisgeben, ohne sich selbst preiszugeben.

Die Gedenkkundgebung schloß mit der Uraufführung der Kantate „Die Freiheitsglocke“ von Gerhard F. Wehle.

Am Abend fand in der Brandenburg-Halle des Schöneberger Rathauses ein großer Empfang statt, zu dem die Stadt Berlin geladen hatte. Neben den amerikanischen, französischen und britischen Gästen, die sich zum Tag der Luftbrücke in Berlin eingefunden hatten, waren hohe geistliche Würdenträger, Senatoren, Politiker aus der Bundesrepublik und rund 700 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erschienen. Vorher hatten der Regierende Bürgermeister Brandt und Vizekanzler Erhard in kurzen Ansprachen der Opfer der Luftbrücke gedacht, deren Angehörige Brandt als die „eigentlichen Ehrengäste“ in Selbst begrüßte.

Lücke-Plan verabschiedet

Bonn (ap). Den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Wohnraumzwangswirtschaft, den sogenannten „Lücke-Plan“, hat das Bundeskabinett verabschiedet. Bundeswohnungsbauminister Lücke beauftragte gleichzeitig die Staatssekretäre des Wohnungsbau-, des Finanz-, des Vertriebenens und des Justizministeriums, einen Plan über die Räumung der Flüchtlingslager in den Jahren 1959 bis 1962 auszuarbeiten und der Bundesregierung vorzulegen. Einzelheiten über das Gesetz will Lücke der Öffentlichkeit bekanntgeben.

Der westliche Friedensplan

Fortsetzung von Seite 5

innerhalb einer festgesetzten Frist zurückziehen und sich verpflichten, ohne die Zustimmung der Regierung dieses Staates nicht wieder Streitkräfte dorthin zu entsenden.

Die Paktsysteme

27. Sollte die gesamtdeutsche Regierung beschließen, irgendeinem Sicherheitspakt beizutreten,

a) so könnten besondere Maßnahmen getroffen werden in bezug auf die Verteilung militärischer Kräfte und Anlagen in dem Gebiet, das den Grenzen zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Mitglieds-

staaten eines anderen Sicherheitspaktes am nächsten liegt:

b) wären die vier Mächte bereit, gemeinsam mit anderen Parteien europäischer Sicherheitsabmachungen zusätzliche gegenseitige Verpflichtungen zu übernehmen, insbesondere die Verpflichtung zum Einschreiten gegenüber einem Angriff;

c) wären die vier Mächte bereit, gemeinsam mit anderen Parteien der genannten europäischen Sicherheitsabmachungen die Zusage abzugeben, daß sie ihre Streitkräfte nicht über die frühere Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Deutschlands hinaus vorrücken lassen würden.

Vertrag nur mit Gesamtdeutschland

28. Unter der Voraussetzung, daß die auf Stufe II für Streitkräfte und Rüstungen dargelegten Begrenzungen und Bedingungen durchgeführt worden sind, würden die vier Mächte ihre Streitkräfte zugleich mit einem entsprechenden Abbau der Rüstungen auf die folgenden Höchststärken weiter herabsetzen: z. B. Vereinigte Staaten 2 100 000 und UdSSR 2 100 000. Gleichzeitig würden gemäß Absatz 15 der Stufe II Herabsetzungen der Streitkräfte und Rüstungen anderer wichtiger Staaten auf vereinbarte Höchststärken stattfinden.

29. Nach erfolgter Feststellung der Einhaltung der genannten Begrenzungen und unter denselben Bedingungen würden Verhandlungen eingeleitet

werden, um weitere Begrenzungen (z. B. Vereinigte Staaten 1 700 000 und Sowjetunion 1 700 000) zugleich mit einem entsprechenden Abbau der Rüstungen zu erzielen. Die Höchststärken der Streitkräfte und Rüstungen anderer wichtiger Staaten würden gleichzeitig durch Verhandlungen mit diesen festgelegt werden.

30. Die oben vorgesehenen Maßnahmen würden mit allgemeinen Abrüstungsplänen so in Einklang gebracht werden, daß sie sich in einen allgemeinen Rahmen einfügen.

31. Sämtliche Sicherheitsmaßnahmen des Stufenplanes würden in Kraft bleiben, solange das Kontrollsystem gilt und durchgeführt wird und die Sicherheitsbestimmungen erfüllt und beachtet werden.

Grenzgänger-Problem wieder akut

Ostberliner Gutachten fordert „konsequente Maßnahmen“

Berlin (Eigenmeldung). Das Grenzgängerproblem ist nach einer Pause von etwa einem halben Jahr in Kreisen des Ostberliner Magistrats jetzt überraschend wieder Diskussionsthema. Von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Humboldt-Universität wurden Gutachten zu dem Thema „Die Freie Stadt Westberlin — die Wechselstuben-Spekulation und das Grenzgängerproblem“ an-

gefordert, die inzwischen teilweise vorliegen. In einem dieser Gutachten kommt Dr. Hans Wemmer (SED), Dozent für Finanzwirtschaft an der Humboldt-Universität, zu der Schlußfolgerung, daß das Grenzgängerproblem nur durch einen Austausch der Arbeitskräfte gelöst werden könne. Wenn Westberlin darüber nicht verhandeln wolle, blieben nur „konsequente Maßnahmen zur Ausschaltung

jeglicher Spekulationen mit der sozialistischen deutschen Währung“ übrig.

Wirtschaftsfunktionäre der SED-Bezirksleitung Berlin erklärten hierzu ergänzend, es räche sich heute, daß „wir es 1949 zugelassen haben, daß Bürger unseres Sektors, die in Westberlin arbeiten, das dort gültige Geld bei uns einführen können“. Die Grenzgänger seien dadurch zu „legalisierten Währungsgewinnlern und Schmugglern“ geworden.

Saar-Eingliederung am 1. Juli?

Bonn (dpa). Das Saarland wird wahrscheinlich bereits am 1. Juli wirtschaftlich in die Bundesrepublik rückgegliedert werden, obwohl nach dem deutsch-französischen Saarvertrag der 31. Dezember als offizieller Rückgliederungstermin gilt.

Wie in Bonn bekannt wurde, wird Bundeskanzler Dr. Adenauer den neuen Saar-Ministerpräsidenten Dr. Röder empfangen, um letzte Einzelheiten für den sogenannten „Tag X“ zu besprechen. An dem Gespräch wird voraussichtlich auch der saarländische Finanzminister Dr. Schäfer teilnehmen, da mit der Eingliederung auch der Währungs- und Zahlungsumtausch im Saarland verbunden ist.

Zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung wurden seit Monaten Besprechungen mit dem Ziel geführt, eine vorzeitige Saar-Rückgliederung zu erreichen. Bonn und Saarbrücken drängen darauf, die neuen Saargesetze spätestens bis zu den Parlamentsferien zu verabschieden. In Bonn wird sogar angenommen, daß der Rückgliederungstermin mit der französischen Regierung bereits endgültig festgelegt ist, mit Rücksicht auf französische Forderungen aber noch nicht bekanntgegeben wird. Die Franzosen sollen angeblich darauf bestehen, das Datum des „Tages X“ so kurzfristig wie möglich bekanntzugeben.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



GENFER KONFERENZ IM BILDE. Oben: Andrang zum westlichen Friedensplan. Dem amerikanischen Delegationsmitglied wurde der Wortlaut aus der Hand gerissen. — Unten: Von Fotografen umlagert war Außenminister von Brentano, als er zu einer ersten Besprechung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko fuhr.

